Dr. Peter Wild
Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen,
Düsseldorf

Bildungsplanung im Rahmen des
Binnenmarktes und Finanzverfassung

Vortrag vor dem Europa-Institut der Universität des Saarlandes
Bildungsplanung im Rahmen des Binnenmarktes und Finanzverfassung

I. Einleitung


Unabhängig von den derzeit noch nicht absehbaren konkreten Akzenten der EG im Bildungsbereich ist damit deutlich, daß eine zukünftige europäische Bildungspolitik im Bereich der Bundesrepublik Deutschland in eine schwierige Gemengelage hineinragt, deren wesentliche Bestandteile die Kulturhöhe der Länder und die föderale Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern sind.

II. Die Auswirkungen der Errichtung des europäischen Binnenmarktes auf den Bildungsbereich

Die Schaffung des europäischen Binnenmarktes für rd. 320 Mio Menschen in den 12 Mitgliedstaaten bedeutet mit Blick auf den Bildungsbereich, daß zugleich ein europäischer Bildungsraum umschrieben wird. Bislang allgemein anerkannt war die Aufgabe von Bildung, zur europäischen Einigung und zur Völkerverständigung beizutragen. Die zukünftige Entwicklungsdynamik dieses Bildungsraums wird sich jedoch wesentlich stärker aus der Aufgabe von Bildung ableiten, die Fähigkeiten zu vermitteln, eine sich erweiternde Lebenswelt zu verstehen und in ihr auch eigenverantwortlich handeln zu können.
Die Schaffung des europäischen Binnenmarktes führt voraussichtlich zu zwei sich gegenseitig beeinflussenden Entwicklungen. Sie führt nämlich

- einmal dazu, daß sich der wirtschaftliche Wettbewerb mit der Folge eines verschärften Anpassungsdrucks erhöht, und

- zum anderen dazu, daß sich die politischen und kulturellen Berührungsflächen innerhalb Europas aufgrund der Freizügigkeit der Wahl von Wohn- und Arbeitsplatz erhöhen.

Die Freizügigkeit berührt das Bildungssystem in mehrfacher Weise. Freizügigkeit ist nämlich nur nutzbar, wenn sowohl die Kinder wandernder Familien in den nationalen Bildungssystemen aufgenommen und gefördert werden und als auch in den nationalen Bildungssystemen Qualifikationen erworben werden können, die in den EG-Mitgliedsländern anerkannt und auch gebraucht werden.

Beide angesprochenen Entwicklungen, der durch den wirtschaftlichen Wettbewerb ausgelöste Anpassungsdruck und die durch die Freizügigkeit herbeigeführte erhöhte politische und kulturelle Berührung, lenken also den Blick auf die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems und der deutschen Bildungsplanung sowie ihren möglichen Beitrag zur europäischen Integration - in dieser Weise möchte ich das Breitwand-Thema bei der nachfolgenden Betrachtung jedenfalls auf die Aspekte aus deutscher Sicht verengen.\(^1\) Vier Punkte erscheinen erwähnenswert:

1. Die sich durch die EG-Integration verschärfenden Wettbewerbsbedingungen verändern den Qualifikationsbedarf der Wirtschaft und damit die Qualifikationsanforderungen an die Absolventen des Bildungssystems.

Eine prognostische Betrachtung dieses Bereichs baut auf den aus heutiger Sicht absehbaren Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur auf, die aus der Grafik der Prognos AG\(^2\) zur Zahl der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsstrukturen in dem zeitlichen Spektrum 1973 bis 2010 deutlich wird:

\(^{1}\) Zur Auffassung der Bundesregierung zu diesen Fragen vgl. BR-Dra. 11/5625 (Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zu "Bildung und Europa").

Daraus ergeben sich drei Tendenzen:

- Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes geht insgesamt zurück.

- In den unternehmensorientierten Dienstleistungsbereichen (Handel / Nachrichten / Kreditinstitute / Versicherungen) könnte sich die Beschäftigtenzahl auf heutigem Niveau stabilisieren.

- Der angenommene sektorale Strukturwandel führt zu einer ausgeprägten Zunahme der Beschäftigten im haushaltsorientierten Dienstleistungsbereich (Staat, Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstiger Dienstleistungsbereich).

Die Verknüpfung wirtschaftszweigspezifischer Verschiebungen in den Tätigkeitsfeldern mit der angenommenen Tendenz verstärkter Dienstleistung in der Gesamtwirtschaft ergibt einen Strukturwandel im Arbeitsplatzangebot nach Tätigkeiten, das dadurch gekennzeichnet ist, daß
- die Tätigkeit Gewinnen/Herstellen und Bürotätigkeit rückläufig gesehen wird, während Wartungs- und Reparaturaufgaben sowie Forschungs- und Entwicklungstäti-

gkeiten zunehmen, und daß

- zusätzliche Produktivitätssteigerungen wachsende Anstrengungen auf den Feldern Handelstätigkeit, Organisation und Management, Betreuen/Beraten/Ausbildung erfor-

dern.

Daraus ergeben sich die Veränderungen im Qualifikationsbedarf. Die Abgrenzung im Mi-

krozensus unterscheidet fünf Stufen der Schul- und Berufsausbildung, die über das erreichte Qualifikationsniveau jedoch nur eine beschränkte Aussage zulassen, weil sie den Einfluß von Weiterbildung und Tätigkeiten im Berufsverlauf unberücksichtigt lassen. Benutzt man daher als Hilfsindikator die Tätigkeitsstruktur in Verbindung mit der erreichten Stellung im Betrieb, so ergibt sich die nachfolgende Erwerbstätigenstruktur gegliedert nach vier Anforderungsniveaus:

Abb. 2 3)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Qualifikationsanforderungen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Zahl der Arbeitsplätze 1985 und 2010</td>
</tr>
</tbody>
</table>

- Tätigkeiten für Höherqualifizierte
- Fachliche Führung
- Fachtätigkeiten
- Hilfs- und Anlerntätigkeiten

Quelle: eigene Berechnungen in Mio

Danach verlieren die Hilfs- und Anlerntätigkeiten an Bedeutung, während trotz des Einflusses von Rationalisierungsmöglichkeiten die Fachtätigkeiten noch zunehmen. Dies gilt ähnlich für den Bedarf an kombinierten Fach-, Führungs- und Anleitungsfunktionen, dessen abnehmende Tendenz im verarbeitenden Gewerbe durch die Zunahme im Dienstleistungsbe-

reich überkompensiert wird. Das größte Zuwachspotential wird bei den Tätigkeiten für Höherqualifizierte, also bei den Organisations- und Managementtätigkeiten gesehen, für die akademisch vorgebildete Mitarbeiter eingesetzt werden. Eine solche Entwicklung wird ursächlich auf die Anforderungen einer komplexer und differenzierter werdenden Wirtschaft mit einem hohen Bedarf an Beratungs- und Verwaltungsleistungen zurückgeführt.

Das Tempo der EG-Integration bestimmt dabei das Schrittmäß bei den dargestellten Veränderungen im Qualifikationsbedarf.

2. Damit gewinnt die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems als Standortfaktor an Bedeutung im skizzierten europäischen Wettbewerb.


Damit ist nach den Erkenntnissen eines vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in Auftrag gegebenen Gutachtens\textsuperscript{4} zu den Herausforderungen des europäischen Binnenmarktes für das Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland das Tätigkeitsfeld abgesteckt, auf dem sich notwendig bildungsplanerische Aktivitäten entwickeln müssen.

\textbf{III. Die Antwort der EG auf die Herausforderungen für das Bildungssystem - Maastricht: Ein vorläufiger Schlußpunkt}

In dem Bericht über die deutsche EG-Präsidentschaft 1988\textsuperscript{5} ist die Auffassung der EG-Bildungsminister zu den bildungspolitischen Herausforderungen aufgrund der Integration wie folgt umschrieben: "Die Sicherung der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, die Steigerung der Qualifikation für das europäische Zusammenleben und für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt und die Stärkung des Zusammenhalts innerhalb der Gemeinschaft auch durch eine Annäherung der Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme". So unbestritten ist, daß der EWG-Vertrag keine Kompetenz der EG für die Bildungspolitik als solche enthält, so klar ist dennoch, daß die EG-Kommission die ihr eingeräumten Möglichkeiten erschöpfend zu nutzen gedenkt. Artikel 128 a.F. des EWG-Vertrags eröffnete im Bereich der beruflichen Bildung die Möglichkeit, allgemeine Grundsätze zur Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung aufzustellen.


\begin{itemize}
\end{itemize}

\textsuperscript{4} Baur, Rita et al.; a.a.O., S. 29 ff.

über Maßnahmen zur Einführung neuer Informationstechnologien im Bildungswesen (1983),

über die Berufsbildungspolitik in der Europäischen Gemeinschaft während der 80er Jahre (1983),

über die Förderung der Chancengleichheit für Mädchen und Jungen im Bildungswesen (1985),

über ein europäisches Kooperationsprogramm für die schulische Eingliederung behinderter Kinder (1987),

über ein europäisches Programm für die verstärkte Bekämpfung des Alphabetentums (1987),

über die Umweltbildung (1988),


- ERASMUS, Programm zur Förderung der Hochschulzusammenarbeit und der Studentenmobilität,

- COMETT, Programm zur Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft im Bereich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie,

- LINGUA, Programm zur Förderung des Fremdsprachenlernens in der Gemeinschaft,

- PETRA, Aktionsprogramm für die Berufsbildung Jugendlicher und zur Vorbereitung der Jugendlichen auf das Erwachsenen- und Erwerbsleben,

- EUROTECNET, Aktionsprogramm zur Förderung von Innovationen in der Berufsausbildung in der Folge des technologischen Wandels in der Europäischen Gemeinschaft,

- FORCE, Aktionsprogramm zur Förderung der beruflichen Weiterbildung.


So klar der Hinweis auf die Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten ist, so wahrscheinlich entwickelt sich hier neuer Kompetenzzündstoff vor dem Hintergrund der oben skizzierten Tendenzen der EG.

IV. Die deutsche Antwort auf die Herausforderungen für das Bildungssystem

1. Die Ständige Konferenz der Kultusminister

Mit Beschuß vom 08.11.1991 hat die Kultusministerkonferenz erstmals einen gemeinsamen Bericht der Länder zur Umsetzung der oben schon erwähnten Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 24.05.1988 mit dem Titel "Zur

europäischen Dimension im Bildungswesen" vorgelegt. Er beginnt - man ist versucht zu sagen: nach guter alter Beamtentradition - damit, daß zunächst die Zuständigkeit klargestellt wird: "Für das Schulwesen in der Bundesrepublik Deutschland, seine Gesetzgebung und Verwaltung sind nach der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern gemäß dem Grundgesetz die Länder zuständig." Nachdem man in einem "ersten Kernstück" die politische Ausgangslage beschrieben hat, unräumt das zweite Kernstück den pädagogischen Auftrag der Schule. Danach muß die Schule "über folgende Menge und Art von Sachverhalten Kenntnisse und Einsichten vermitteln:

- die geografische Vielfalt des europäischen Raumes mit seinen naturräumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen, die politischen und gesellschaftlichen Strukturen Europas,

- die prägenden geschichtlichen Kräfte in Europa, vor allem die Entwicklung des europäischen Rechts-, Staats- und Freiheitsdenkens,

- die Entwicklungsstrrien, Merkmale und Zeugnisse einer auch in ihrer Vielfalt gemeinsamen europäischen Kultur,

- die Vielsprachigkeit in Europa und den darin liegenden kulturellen Reichtum,

- die Geschichte des europäischen Gedankens und die Integrationsbestrebungen seit 1945,

- den Interessenausgleich und das gemeinsame Handeln in Europa zur Lösung wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer und politischer Probleme,

- die Aufgaben und Arbeitsweise der europäischen Institutionen."

Es ist die "Reinheit des Herzens des Bürokraten", die uns in diesem langen Zitat entgegenlacht, das nur die Novellierung eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz aus dem Jahre 1978 darstellt.

Mehrsprachigkeit soll für möglichst viele Schüler angestrebt werden. Problematisch erscheint hier insbesondere, daß die notwendige Frage, wie der Ausbau des Fremdsprachenunterrichts im Schulsystem und in der beruflichen Bildung - im übrigen gilt für die Hoch-

schulen Entsprechendes - durch die Reduzierung anderer Lehrinhalte ermöglicht werden kann, nicht gestellt und folgerichtig auch nicht beantwortet wird.

Berücksichtigt man, daß unter der Geltung dieses Beschlusses der Anteil der eine Fremdsprache lernenden Schüler von rd. 94 % im Jahre 1982 auf rd. 88 % im Jahre 1987 - dies sind die letztverfügbaren Daten - abgesunken ist, so regen sich Zweifel, ob die Reaktion der Kultusministerkonferenz inklusive der Umsetzung im Schulalltag schon die letztmögliche und notwendige Antwort auf die durch die EG-Integration bedingten Herausforderungen für das Bildungssystem darstellen kann. Folgerichtig - so möchte man ironisch hinzufügen - stehen bei den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz die Verbesserung der Motivation von Lehrern und Schülern sowie der Basisinformation über Europa, die Förderung des Erwerbs von fremdsprachlicher Kompetenz und der Mehrsprachigkeit sowie die Förderung des bilingualen Unterrichts im Vordergrund. Sollte uns hier etwa zu sehr die Geschwindigkeit der Länderschildkröte ins Auge stechen, die so oft der Kultusministerkonferenz sprichwörtlich zugeschrieben wird?

Doch vielleicht ist die Einstellung auf die neuen Entwicklungen auch schwieriger als angeommen. Vielleicht, muß man - gleichsam wie bei einem sich im Wasser ausbreitenden Ölfleck - die Auswirkungen der zahlreichen laufenden Projekte abwarten, um ein gerechteres Urteil fallen zu können. Hier sind die Projekte "bilingualer Unterricht" in fast allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland zu nennen, aber auch Schul- bzw. Modellversuche zur vertieften europäischen Bildung, zur Betonung der europäischen Dimension in der Lehrerbildung sowie die vielfältigen Fördermaßnahmen zur Begegnung zwischen Schülern und Lehrern aus den verschiedenen europäischen Ländern.

2. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung


Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat am 22.04.1992 beschlossen, ihre Aufgabe der Abstimmung zwischen Bund und Ländern in bildungsplanerischen Fragestellungen auch auf die sogenannte europäische Dimension der Bildungsplanung auszurichten. Diese Aufgabe stellt sich ihr in zweierlei Hinsicht, und zwar
- einmal in Form einer Neuorientierung des Bildungswesens, die aufgrund des fortschreitenden europäischen Integrationsprozesses in der Bundesrepublik Deutschland notwendig wird, und

- zum andern in Form der Entwicklung konzeptioneller Empfehlungen für eine Beeinflussung der bildungspolitisch relevanten Aktivitäten und Perspektiven der EG (im Rahmen von deren Zuständigkeiten).

Die Arbeitsteilung zwischen Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung und Kultusministerkonferenz wird so gesehen, daß für die kurzfristigen, operativen Maßnahmen das Verfahren im Bundesrat und die vorgeschlagene engere Abstimmung mit dem Bundesministerium für Bildungsplanung und Forschungsförderung gewählt wird. Demgegenüber soll sich die Bund-Länder-Kommission mit der planerischen Fragestellung befassen. Hierzu gehören die Fragen, welche Konsequenzen mittel- und langfristig aus der europäischen Entwicklung für die Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland zu ziehen sind (Auswirkungen der europäischen Entwicklung auf das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, europainduzierte und europazentrierte Änderungen einerseits, übergeordnete Zielsetzung und Initiativen zur Einbringung in die europäische Entwicklung andererseits).

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung sieht im Zuge des europäischen Integrationsprozesses nach dem Bund-Länder-Kommissionsbeschuß vom 22.04.1992 als ihre notwendigen Aufgaben an:


- der bildungspolitisch relevanten Entwicklungen in den EG-Mitgliedstaaten und in anderen europäischen Ländern und

- der bildungspolitisch relevanten Aktivitäten und Perspektiven der EG.

2. Weiterentwicklung der europäisch vergleichenden Bildungsstatistik. Die europäische vergleichende Bildungsstatistik weist nach wie vor große Defizite auf. Dies gilt für den Umfang und den Detailierungsgrad der erfaßten Daten, vor allem jedoch für deren aktuelle Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung findet sich hier also in einer Lage wieder, die der vergleichbar ist, die vor Beginn der gemeinsamen Bildungsplanung von Bund und Ländern so auch für die Bundesrepublik Deutschland galt.


- die Beschleunigung des technologischen und strukturellen Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft infolge des europäischen Binnenmarktes,

- Veränderungen der Nachfrage nach Arbeitskräften und der Qualifikationsanforderungen,

- Veränderungen der demografischen Größen und des Arbeitskräfteangebots durch Wanderungen und kurzfristige Mobilität (innerhalb der Gemeinschaft wie im Verhältnis zu Drittstaaten),

- zunehmenden Wettbewerb zwischen Bildungssystemen über die Grenzen hinweg (Attraktivität der Aus- und Weiterbildungsangebote im Vergleich zu denen anderer Mitgliedstaaten, Chancen deutscher Absolventen auf dem europäischen Arbeitsmarkt),

- Konsequenzen aus wachsender Mobilität und beruflicher Freizügigkeit,

- die wachsende Zusammenarbeit und Vernetzung im Rahmen von Programmen und Aktivitäten der EG sowie

- Konsequenzen aus der anstehenden Erweiterung der Gemeinschaft um EFTA-Staaten und der zunehmenden Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten Mittel- und Osteuropas.

4. Bildungsplanerische Aktivitäten zur Bearbeitung neuer europabedingter Aufgabenstellungen.
5. Empfehlungen an Bund und Länder zu Schwerpunkten der europäischen Bildungszusammenarbeit. Die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in den europäischen Gremien (Rat, EG-Bildungsausschuß, Gruppe Sozialfragen, beratender Ausschuß für berufliche Bildung u.a.) müssen nämlich in der Lage sein, möglichst frühzeitig deutsche Vorschläge in die Prioritätensetzung für die europäische Zusammenarbeit einzubringen.


Bei diesem Themenkatalog der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung fällt auf der einen Seite eine gewisse Ferne zu den praktischen Problemen z.B. des europäischen Studienalltags ins Auge. 9)

Beim Vergleich zum geschilderten Arbeitsprogramm der Kultusministerkonferenz fällt jedoch andererseits die stärkere strategische Ausrichtung auf. Die ketzerische Frage drängt sich auf: Brauchen die Länder doch den Bund, um sich strategisch wirkungsvoll koordinieren zu können und über den "Tellerrand" des Schulalltags zu schauen?


V. Die Rolle der Finanzverfassung


---


- der Bund zunächst ein Hochschulsonderprogramm derart politisch propagiert, daß die Länder sich ihm politisch nicht mehr entziehen können, und


Die Erfahrung mit den Gemeinschaftsaufgaben hat sich in 20 Jahren so verdichtet, daß sie zumindest bei den großen Ländern zu der Erkenntnis zu verhelfen scheint, daß das für die Kooperation von Bund und Ländern wesentliche Merkmal einer weitgehenden Gleichordnung der Partner gerade in den verfassungsrechtlich institutionalisierten Fällen einer Bund-Länder-Kooperation (Art. 91 a GG) faktisch weitgehend außer Kraft gesetzt ist: Das Austarieren des Stimmengewichts (in den Planungsausschüssen) ändert nichts daran, daß der Bund eine überragende Rolle beim Erstellen der Rahmenpläne spielt, weil er der unentbehrliche Komplementär-Financier ist. Ähnliche Kooperationserfahrungen fließen für

\textsuperscript{10} Wendt, Rudolf: Ausgewogene Aufgabenverteilung, Abgrenzung der Ausgabenverantwortung (Lastenverteilung) und Einnahmenverteilung als Grundbedingung eines funktionierenden Föderalismus - Manuskript eines Tagungsbeitrags in Saarbrücken am 08./09.11.1991 zum Thema “Finanzverfassung im Spannungsfeld zwischen Zentralstaat und Gliedstaaten”.

die Länder aus dem Bereich des Artikels 91 b GG, also der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung.11)


Steueraufkommen zu vergrößern. Bund und Länder sollten ferner die Ausgaben, die sie durch ihre politischen Entscheidungen veranlaßten, jeweils selbst tragen.


VI. Ausblick

Es ist schwer abzuschätzen, wohin die Reise geht. Nur eins läßt sich relativ gesichert sagen: Sollte die Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Ländern in der geschilderten Weise in


Gemeint sind die Tendenzen der EG zur Kompetenzausweitung in allen Politikbereichen. Kein geringerer als Jacques Delors hat ja in einer internen Anweisung zur Anwendung der Einheitlichen Europäischen Akte die politischen Absichten der Kommission offengelegt: "Erschließung neuer Tätigkeitsbereiche für die Gemeinschaft" und "Wahrung der schrittweisen globalen Integration" sowie "Übertragung konkurrierender, nicht ausschließlicher Zuständigkeiten auf die Gemeinschaft". Der Deutsche Bundesrat hat wiederholt die bildungsplanerischen Tendenzen der Kommission abgelehnt15) und sich dabei darauf berufen, daß eine hierfür erforderliche Planungshoheit der Gemeinschaft fehle.16)

Die Beschlüsse von Maastricht haben nun zwar dazu geführt, daß in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Kultur die Befugnisse der Gemeinschaft mit unterschiedlicher Regelungstiefe festgelegt und die Tätigkeit der Gemeinschaftsorgane in bestimmten Fällen an das Subsidiaritätsprinzip17) gebunden werden. Der neue Artikel 3b sieht nämlich vor:

"Die Gemeinschaft wird innerhalb der Grenzen der ihr in diesem Vertrag übertragenen Befugnisse und gesteckten Grenzen tätig.

In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können.

---


Die Maßnahmen gehen nicht über das für die Erreichung der Ziele dieses Vertrages erforderliche Maß hinaus.*


Die Einschränkung "nur" in Artikel 3 b knüpft das Tätigwerden der Gemeinschaft in Kompetenzengelagen an zwei Voraussetzungen. Die Gemeinschaftsorgane sind in den Bereichen, die dem Subsidiaritätsgrundsatz unterfallen, zu handeln befugt, wenn die nachfolgenden Bedingungen erfüllt sind:

- Einmal müssen die beabsichtigten Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können (Nachweis fehlender Voraussetzungen) und

- zum andern müssen die beabsichtigten Maßnahmen aufgrund ihres Umfangs oder Ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können (Prüfung gegebener Voraussetzungen).
Nach der Erfahrung mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Bedürfnisklausel des Artikel 72 Abs. 2 GG einerseits und den generellen Erfahrungen mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes andererseits darf vermutet werden, daß eine gerichtliche Kontrolle, ob Maßnahmen "besser auf Gemeinschaftsebene" erreicht werden können, allenfalls zu einer Ermessensüberprüfung führt, die in der Regel zugunsten des übergeordneten Gesetzgebers, also der Gemeinschaft ausfallen dürfte.\(^\text{18}\)


Die Länder werden über die Bestrebungen zur Änderung des Grundgesetzes hinaus (s.o. Fn. 8) in der politischen Tagespraxis ihre Koordinierungskraft über 16 deutsche Länder hinweg erhöhen müssen, um in Richtung EG zu verdeutlichen und durchzusetzen, daß der Kulturbereich im weitesten Sinne nicht nur als bloße Funktion der Wirtschafts- und Sozialpolitik der EG - mit entsprechenden EG-Kompetenzfolgen - verstanden werden darf.\(^\text{19}\) Es kann also folglich auch nicht um eine Harmonisierung der Bildungspolitik in den EG-Mitgliedsländern gehen.

Die Vorbereitung auf die deutsche Präsidentschaft in der EG im Jahre 1994 wird schon bald erkennen lassen, ob das Potential an Kreativität im Bereich der deutschen Bildungsplanung ausreicht. Die Themen, um die es gehen wird, sind klar erkennbar, z.B.:

- Wie sind die Zeugnisse der allgemeinen Hochschulreife und der Hochschulzugangsbe- rechtigung neu zu definieren gegenüber einem Berufsausbildungssektor, der zunehmend in den Hochschulbereich hineinwächst?

\(^{18}\) Im übrigen wird dies auch aus dem EuGH-Urteil v. 30.05.1989, Rs 242/87 (Erasmus) erkennbar: Der Gerichtshof hat in dem Erasmus-Urteil des Grundsatz des effekt utile herangezogen, um zu begründen, der Umstand, daß die Durchführung einer gemeinsamen Berufsbildungsbedingung der Verfolgung dieser gemeinsamen Politik erfordertlichen Instrumente voreinhalten würden.